

Antrag 103/I/2018

KDV Spandau

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Sprache – Familiennachzug zu Deutschem

1 Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion werden auf-
2 gefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Ehepartner
3 Deutscher Staatsbürger zu ihrem Ehemann/ihrer Ehe-
4 frau nachziehen dürfen, wenn sie in ihrem Herkunftsland
5 keine deutschen Sprachkenntnisse erworben haben. Die
6 Nachziehenden werden verpflichtet, die deutsche Spra-
7 che nach der Einreise bei staatlichen anerkannten schu-
8 lischen Institutionen zu erlernen.

9

10 **Begründung**

11 Deutsche Staatsbürger dürfen ihren Ehemann/ihre Ehe-
12 frau, sofern diese nicht Staatsbürger der EU sind, nur dann
13 nach Deutschland holen, wenn diese in ihrem Herkunfts-
14 land Grundkenntnisse der deutschen Sprache erworben
15 haben.

16

17 Für Bürger der EU, die sich in Deutschland angesiedelt ha-
18 ben, gilt das nicht. Ein in Deutschland lebender Spanier
19 kann also seine ägyptische Ehefrau nach Deutschland ho-
20 len, ohne dass diese die deutsche Sprache in ihrem Her-
21 kunftsland erlernen muss. Ein deutscher Staatsbürger da-
22 gegen darf dies nicht. Man nennt das ganz offiziell „Inlän-
23 derdiskriminierung“.

24

25 Einen Sinn kann man in dieser Regelung nicht finden,
26 denn man darf wohl annehmen, dass ein Deutscher sei-
27 ner Ehefrau die deutsche Sprache eher vermittelt als ein
28 Spanier.

29

30 Die Regelung trifft vor allem Deutsche mit Migrationshin-
31 tergrund, deren Ehemann/deren Ehefrau nicht mehr ganz
32 jung sind und daher Schwierigkeiten haben, die deutsche
33 Sprache im Herkunftsland zu erlernen. Die Kinder solcher
34 Ehepaare können zwar nach Deutschland zu ihrem deut-
35 schen Elternteil einreise, bleiben dann aber entweder von
36 Vater oder Mutter getrennt.

37

38 Da auch Flüchtlinge, die subsidiären Schutz genießen, ihre
39 Ehepartner ohne entsprechende Deutschkenntnisse nach
40 Deutschland holen sollen, wird es als extrem ungerecht
41 empfunden, dass Migranten, deren erfolgreiche Integra-
42 tion durch den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft
43 unter Beweis gestellt wurde, schlechter behandelt wer-
44 den selbst als Flüchtlinge ohne Asylanspruch.

45

46 Da sich die SPD in der Sorge um Flüchtlinge erschöpft, die
47 erfolgreichen Migranten aber nicht beachtet, wenden die-

Empfehlung der Antragskommission

Annahme (Konsens)

48 se sich von der SPD ab.

49

50 Die Verpflichtung zum Erlernen der Deutschen Sprache
51 nach der Einreise bleibt bestehen, um die Integration der
52 Zuwandernden zu befördern. Da die deutschen Ehepart-
53 ner nicht selten Migranten sind, deren Muttersprache die
54 des/der Zuwandernden ist, soll garantiert werden, dass
55 diese nicht durch sprachliche Isolation an der Teilnah-
56 me am gesellschaftlichen Leben in Deutschland gehindert
57 werden. Dem Ziel, Zwangsehen zu verhindern, wird da-
58 durch effektiver gedient als in der bisher geltenden Rege-
59 lung.